

Antrag

der Abgeordneten Roland Claus, Dr. Gesine Löttsch, Dr. Dietmar Bartsch, Herbert Behrens, Karin Binder, Heidrun Bluhm, Steffen Bockhahn, Katrin Kunert, Caren Lay, Sabine Leidig, Michael Leutert, Thomas Lutze, Kornelia Möller, Jens Petermann, Ingrid Remmers, Dr. Ilja Seifert, Kersten Steinke, Alexander Süßmair, Dr. Kirsten Tackmann und der Fraktion DIE LINKE.

Einsetzung eines Ausschusses für die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag bildet aus seiner Mitte einen Ausschuss für die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland.

Berlin, den 3. November 2009

Dr. Gregor Gysi und Fraktion

Begründung

Die Bemühungen zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland stagnieren seit Jahren. Besonders groß sind die seit fast 20 Jahren anhaltenden Unterschiede zwischen den ostdeutschen und westdeutschen Bundesländern. Der Aufbau Ost als ein Nachbau überkommener westdeutscher Strukturen ist großflächig gescheitert. So ist beispielsweise die Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland unverändert doppelt so hoch wie in Westdeutschland und die ostdeutschen Einkommen bleiben seit Jahren rund 20 Prozent hinter den westdeutschen Einkommen zurück.

Große und teilweise wachsende Unterschiede bestehen aber auch innerhalb Ost- und Westdeutschlands zwischen den Regionen. Die Bundesrepublik Deutschland spaltet sich immer mehr in reiche und arme Bundesländer und Landesteile. Zukünftig wird dies beispielsweise aus der zunehmend auseinanderklaffenden Finanzausstattung der Länder ablesbar sein. Neue Formen des solidarischen Ausgleichs zwischen den Regionen und der Förderung der Angleichung der Lebensverhältnisse sind dringend notwendig.

Alle im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien haben sich im Vorfeld der Bundestagswahl neue Aufgaben bei der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse gestellt. Hierzu zählen zum Beispiel gleichwertige Altersversorgungen

und Renten in Ost- und Westdeutschland oder die wirtschaftliche Stärkung aller Regionen unter Erhalt ihrer jeweiligen Vielfalt.

Der Ausschuss soll sich zum einen mit der Aufarbeitung und Beseitigung noch bestehender Benachteiligungen zwischen Ost- und Westdeutschland befassen. Zum anderen soll der Ausschuss in zukunftsorientierter Sicht die Entwicklung von inhaltlich neuen Konzepten zur Förderung strukturschwacher Regionen und zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse parlamentarisch begleiten und kontrollieren. Dabei soll insbesondere darauf geachtet werden, inwiefern Erfahrungen mit der Bewältigung der Transformation in Ostdeutschland und in westdeutschen Umbruchregionen für die ganze Bundesrepublik Deutschland genutzt werden können.